

// Keine Barrieren für die Internet-Nutzung (S. 2)

// 200. Geburtstag von Karl Marx (S. 4)



// Andreas Kutsche als Direktkandidat für den Landtag nominiert (S. 4)

## Wussten Sie schon...

...dass unsere TV-Anstalten heilfroh sind, "dass es die DDR gegeben hat, sonst wüssten sie heute gar nicht, was im Fernsehen gesendet werden soll". Davon ist jedenfalls die Brecht-Schauspielerin Carmen-Maja Antoni überzeugt und begründet das in einem Interview mit SUPERillu ironisch: "Der Unrechtsstaat ist zum Hauptprogramm geworden. An der Mauer, hinter der Mauer, mit Stasi, ohne Stasi. Alles wird dargestellt und interpretiert und gesagt, so war es."

...dass der Schauspieler Axel Prahl (alias Tatort-Kommissar Thiel), der in dem wunderbaren Film "Gundermann" einen Stasi-Offizier spielt, eine Seite des Themas hervorhebt, die im Bewusstsein der Öffentlichkeit meist als irrelevant oder lästig abgetan wird: "Was vermutlich nicht so viele wissen, ist, dass Gundermann einer der wenigen war, die bei der Stasi sowohl eine Täter- als auch eine Opfer-Akte hatten."

...dass die Redaktion der HavelBrandung meint: Wenn fast 30 Jahre nach der Wende die Filmindustrie noch immer von diversen Mauer-SED-Stasi-Geschichten profitiert, dann lassen sich daraus verschiedene Schlüsse ziehen: 1. Es gibt in unserem Land bis heute keine besseren Stoffe zum Thema Unrecht und Verbrechen. 2. Über anderes als DDR-Unrecht nachzudenken, ist in einem Rechtsstaat nicht nötig. 3. Der Bibelspruch "Warum siehst du den Splitter im Auge deines Bruders, aber den Balken im eigenen Auge bemerkst du nicht?" gilt auch für die Altbundesländer.

Welche Schlussfolgerung am besten passt, mag der geneigte Leser selbst herausfinden.

Redaktion „HavelBrandung“

## Damit niemand vor verschlossenen Türen steht ...

Ab Oktober ändern sich die Öffnungszeiten unserer Geschäftsstelle wie folgt:

Montag	13 bis 17 Uhr
Dienstag	9 bis 17 Uhr
Mittwoch	9 bis 17 Uhr
Donnerstag	9 bis 13 Uhr

Unsere Bürger\*innensprechstunde findet alle zwei Monate statt; Vertreter\*innen des Kreisvorstandes und/oder linke SVV-Mitglieder stehen jeweils Rede und Antwort, und zwar:

am 10.10.18, ab 16.00 Uhr Elke Kroll und Lutz Krakau  
am 12.12.18, ab 16.00 Uhr Ilona Friedland u. Uta Sändig

## Bürgermeister für den Frieden

Als Präsidiumsmitglied der SVV habe ich im Sommer die Bundeskonferenz der deutschen „Mayors for Peace“ – Bürgermeister für den Frieden – in Münster besucht. Weltweit haben sich dieser Vereinigung nach ihrer Gründung in Hiroshima über 7000 Städte angeschlossen, allein in Deutschland 582, darunter auch Brandenburg an der Havel.

Die Veranstalter hatten ausdrücklich auf kontroverse Impulsvorträge gesetzt, was erwartungsgemäß zu leidenschaftlichen bis tumultartigen Reaktionen führte. Für einen Frieden ohne Atomwaffen sprach Sascha Hach von der Organisation ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen), die im vergangenen Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, und der Friedensforscher Prof. Michael Quante von der Uni Münster. Die Gegenmeinung, nämlich dass Atomwaffen als Mittel der Politik nötig sind, vertraten Christian Hacke, Professor an der Bundeswehruniversität Hamburg, Experte u. a. für Massenvernichtungswaffen, und Christoph Hallier, Referatsleiter vom Auswärtigen Amt.

Kollektiven Widerspruch provozierte Prof. Hackes primitive Schwarz-Weiß-Sicht: Für demokratische Staaten sei der Besitz von Atomwaffen berechtigt, ja notwendig. Diktaturen bzw. „Schurkenstaaten“ hingegen dürften keine solchen Waffen zugestanden werden. Ob denn der Atombombenabwurf auf Hiroshima eine demokratische Aktion oder ein Schurkenstreich gewesen sei, fragte eine Teil-

nehmerin unter allgemeinem Beifall.

Prof. Quante referierte über den Friedensbegriff: Frieden beruhe auf Solidarität im Geiste der Anerkennung berechtigter ethischer Ansprüche auf Augenhöhe. Dagegen haben die Begriffe Charity, Mäzenatentum und Sponsoring, die in konservativen Kreisen als moderner gehandelt werden, einen Anstrich von Gönnerhaftigkeit und sind letztlich eine Quelle von Unfrieden.



Bei der anschließenden Erörterung praktischer Konsequenzen und Aktionen stellte Wolfgang Schlupp-Hauck von der Friedenswerkstatt Mutlangen das „Mutlanger Manifest 2017“ vor. Der Wahlspruch der Friedenswerkstatt: „Global denken – lokal handeln“ hat mich in der Gewissheit bestärkt, dass Friedenspolitik nicht zuletzt ein Gebot der kommunalen Daseinsvorsorge ist – was von Seiten der CDU-Mitglieder unserer SVV gern verneint wird. Die Bremer Staatssekretärin Ulrike Hiller informierte über einen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen des linken Spektrums „Bremer für eine atomwaffenfreie Welt“, der als Orientierung für ähnlich lautende Anträge

gelten kann. Besonders beeindruckend war der Auftritt der Schulsprecherinnen der Goetheschule Neu-Isenburg, die ein Friedensprojekt für „Mayors for Peace“ vorstellten. Ich habe die Unterlagen zu diesen Aktionen Oberbürgermeister Scheller zur weiteren Nutzung übergeben und weitere Impulse übermittelt:

- Frage: Sind die Städte, mit denen wir Partnerschaften pflegen, schon in „Mayors for Peace“? Wie können wir sie ggf. dazu bewegen?

- Unsere Stadt gehört zu den Flaggenstädten der „Mayors for Peace“, die am sog. „Flaggentag“ vor den Rathäusern eine Friedensfahne hissen. Leider beteiligten sich in den letzten Jahren viel zu wenige Stadtverordnete und Bürger an dieser Aktion. Das müssen wir ändern!

- Am Weltfriedenstag, ist um 18.00 Uhr ein europaweites Glockenläuten geplant. Hannover z. B., dessen Bürgermeister diese Aktion vorstellte, beteiligt sich definitiv daran – wir auch?

- Die Mitgliedsstädte können freiwillige Beiträge entrichten; Brandenburg an der Havel tut dies bislang nicht – mit einem Mindestbeitrag von 50 Euro pro Jahr wären wir aber dabei.

- Die Initiative, „Mayors for Peace“ beizutreten, ging von dem damaligen Präsidiumsmitglied der SVV, Dr. Jung (SPD) aus, der dann auch die meisten Termine wahrnahm. Danach dümpelte das Projekt vor sich hin. Es würde uns als Stadt gut zu Gesicht stehen, wenn OB Scheller das Gewicht der Mitgliedschaft in dieser Friedensinitiative durch persönliche Anwesenheit dokumentierte. Dr. Uta Sändig

## Kein Job wie jeder andere Auf Nachtstreife mit der havelländischen Polizei



Andrea Johlige (MdB, DIE LINKE);  
Foto: DIE LINKE

In der aktuellen gesellschaftlichen Situation, in der die Angst vor Kriminalität in der Bevölkerung steigt und immer öfter zu hören ist, dass Menschen sich nicht mehr sicher fühlen, wird Polizeiarbeit immer mehr zum Thema im öffentlichen und politischen Diskurs. Wer mich kennt, weiß, dass ich es immer ganz genau wissen möchte und mich am liebsten aus erster Hand informiere. Und so nutze ich seit 2016 die parlamentarische Sommerpause unter anderem für eine Nachtstreifenfahrt mit

der Polizei des Havellandes. Bei meinen Streifenfahrten waren die Einsätze so unterschiedlich und vielfältig, dass ich gar nicht alles aufzählen kann – von einem Tankstellenüberfall über eine vermisst gemeldete Person und einem Sturz aus dem Fenster bis hin zu Unfällen, Körperverletzungen und die Entsorgung eines toten Bibers war alles dabei. Die Streifenfahrten haben mir gezeigt, dass Polizeiarbeit ganz viel Freundlichkeit, Fingerspitzengefühl, Geduld und psychologische Kennt-

nisse erfordert. Es braucht Empathie und gleichzeitig Härte, körperliche Fitness und Schnelligkeit. Jeder Einsatz kann eine unberechenbare Wendung nehmen, jederzeit kann etwas passieren, womit niemand rechnet. Doch noch viel wichtiger als die Einsätze selbst waren die Gespräche mit den Polizist\*innen. Mein besonderer Dank gilt den Kolleg\*innen, die meine Fragen stets geduldig und freundlich beantworteten und wir so gegenseitiges Verständnis für

die Arbeit des jeweils anderen entwickeln konnten. Auch mit Lutz Gündel, dem Leiter der Polizeiinspektion Havelland, konnte ich Fragen hinsichtlich des Personalbedarfs, der Ausbildung und Gewinnung neuer Kolleg\*innen sowie der Ausstattung der Polizei erörtern. Ich danke den Kolleg\*innen für diesen Einblick in ihren Arbeitsalltag. Ich habe sehr viel über die Polizeiarbeit und über die täglichen Herausforderungen gelernt und freue mich auf den kommenden Sommer.

Andrea Johlige (MdB)

## Keine Barrieren für die Internet-Nutzung!

Das Internet ist für die meisten Menschen ein selbstverständlicher Teil des Alltags geworden. Immer mehr Dinge des täglichen Lebens können heute online erledigt werden. Auch für ältere Menschen bietet das Internet viele Möglichkeiten, mit Familienangehörigen in Verbindung zu bleiben, Dinge einzukaufen oder sich zu informieren. Drei Viertel der über 60-Jährigen nutzen ab und zu das Internet, um genau dies zu tun.

Über das Internet gibt es auch zunehmend Möglichkeiten, mit Behörden und Verwaltung in Kontakt zu treten. Aber nur den wenigsten sind diese Möglichkeiten überhaupt bekannt, z. B. die Möglichkeit, in vielen brandenburgischen Städten über

[www.maerker-brandenburg.de](http://www.maerker-brandenburg.de) Mängel im öffentlichen Raum zu melden oder über den Rentenrechner der Deutschen Rentenversicherung Beginn und Höhe der Rente ausrechnen zu lassen. Aber viele ältere Menschen fühlen sich vom Informationsangebot überfordert oder finden sich schlecht zurecht, weil viele Angebote nicht einfach und barrierefrei sind. Ältere Menschen verzichten auch eher auf Dienste, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Daten nicht gut genug geschützt werden.

Das Internet muss jedoch für alle gleichermaßen nutzbar sein. Jeder sollte sich darin zurechtfinden und die Möglichkeit haben, private oder öffentliche Angebote zu nutzen. Wir brauchen daher

mehr barrierefreie Formulare, Webseiten in leichter Sprache und Angebote für Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen. Leider hat die Bundesregierung erst kürzlich einen Gesetzentwurf verabschiedet, der weit hinter dem zurückbleibt, was eine EU-Richtlinie zum barrierefreien Zugang zu Webseiten öffentlicher Stellen vorsieht. Sie enthält zu viele Ausnahmen. Verbände und Interessenvertretungen wurden zu wenig einbezogen und es gibt keine Verpflichtung für private Anbieter, ihre Webseiten zumindest barrierearm zur Verfügung zu stellen. Inklusion sieht anders aus.

Eine Verpflichtung zu Barrierevermeidung oder -beseitigung sollte ein zentrales Element bei öffentlichen Aus-



Digitalisierung ist nur was für Junge? Anke Domscheit-Berg (MdB, DIE LINKE) will dieses Vorurteil nicht gelten lassen.  
Foto: Claudia Sprengel

schreibungen und der Vergabe von Fördermitteln sein. Dazu muss auch die Privatwirtschaft verpflichtet werden. Einfache Datenschutzerklärungen und AGBs können dabei helfen, Bedenken abzubauen. Ältere Menschen würden sich dann vielleicht eher trauen, Möglichkeiten der digitalen Verwaltung zu

nutzen, das Ticket für den Nahverkehr mit dem Handy zu kaufen oder einen Termin beim Bürgeramt online zu vereinbaren. Nur wenn von Anfang an alle Menschen mitgedacht werden, kommen wir dem inklusiven Internet ein Stück näher.

Anke Domscheit-Berg (MdB)

## Vor 22 Jahren im "Preußenspiegel"

Kaum zu glauben, dass dem Blättchen "Preußenspiegel" der folgende Text eine Herzensangelegenheit war, jedenfalls vor 22 Jahren (gefunden von Wilfried Weise):

**"Immer wieder wird unsere demokratische Öffentlichkeit von Ereignissen und Nachrichten erschreckt, die einen ausländerfeindlichen Hintergrund haben. Unser Land Brandenburg ist da eher die Regel als die Ausnahme. Wir meinen, man sollte sich erinnern:**

**Ausländer sind wir alle!**

**Dein Christus ist ein Jude, dein Auto ein Japaner, deine Pizza italienisch, deine Demokratie griechisch, dein Kaffee brasilianisch, dein Urlaub türkisch, deine Zahlen arabisch, deine Schrift lateinisch – und wenn du im Ausland weilst, Landsmann, bist auch du dort ein Ausländer."**

Die Liste von damals klingt nicht bedrohlich, hat vielleicht ein gemütliches Achselzucken hervorgerufen. Ungemütlicher klingen die Ergänzungen aus heutiger Perspektive: Deine Kleidung wurde in Bangladesh produziert (Vorsicht, Kinderarbeit), deine exotischen Früchte und Speisen werden aus der ganzen Welt eingeflogen (gern auch aus Regionen, wo Hunger herrscht), deine Kriege finden mit deinen Waffen in fremden Ländern statt und was sich "Entwicklungshilfe" nennt, nützt vor allem den hiesigen Konzernen...

Redaktion HavelBrandung



## Wie geht es den Museen unserer Stadt? (Teil 1)

Wann entscheidet sich der endgültige Standort für das Brandenburger Stadtmuseum? Nach der parlamentarischen Sommerpause befasste sich der Kulturausschuss u. a. mit dieser Frage. Eine endgültige Antwort steht nach wie vor aus, aber die Verwaltung ist offenbar ein Stück weiter gekommen: Die Objekte Straßenbahndepot und Stadtbad, strategisch glücklich in der Innenstadt und an der Havel gelegen, werden weiterhin bevorzugt in den Fokus genommen. Aber es ist insofern eine neue Lage entstanden, als beide Objekte jetzt dem selben Besitzer gehören. Derzeit wird juristisch geprüft, ob deshalb überhaupt noch die Notwendigkeit besteht, eine europaweite Ausschreibung durchzuführen. Könnte darauf verzichtet werden, wären die nächsten Schritte deutlich schneller und leichter zu realisieren.

Noch nicht ganz aus der Diskussion sind auch die Optionen Freyhaus und Neubau (vielleicht am Wiesenweg). Gegen erstere spricht die begrenzte Ausstellungsfläche, die man auch durch verschiedene bauliche Maßnahmen (z. B. Ausbau des Dachgeschosses) nicht ausreichend erweitern könnte. Vor allem wäre für das umfangreiche Depot, dessen Exponate dezentral und teilweise unter sehr schlechten Bedingungen untergebracht sind, kein Platz. Gegen einen Neubau spricht, dass es kaum zentrumsnahe Flächen gäbe und dass der Wiesenweg doch etwas weit vom Schuss ist. Erst wenn über den endgültigen Standort entschieden wurde, kann auch die Suche nach einer neuen Museumsleitung in Gang kommen.

Während das Stadtmuseum noch seines endgültigen Standortes und einer neuen Leitung mit neuem Konzept harrt, kann das Industriemuseum auf eine mehr als 25-jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken. Und auch mit dem jüngsten Museum, dem Archäologischen Landesmuseum, haben sich die Brandenburger mittlerweile angefreundet. Aber dazu mehr in der nächsten HavelBrandung.

Dr. Uta Sändig

## LINKE fordert Stärkung des Radverkehrs

### Fraktion stellt mehrere Anträge in der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung

Wir fordern die Errichtung von weiteren Fahrradabstellanlagen innerhalb des Stadtgebietes in den Jahren 2019 und 2020. Im vorgelegten Radverkehrskonzept wird die Errichtung solcher Anlagen nur benannt. Sie sind an folgenden Standorten vorgesehen: Werft, Nicolaiplatz, Johanniskirchplatz, Haltestelle Hauptstraße, Kreuzung Steinstraße/Kurstraße, Steinstraße/Brüderstraße, Technische Hochschule, Neustädtischer Markt und St.-Annen-Galerie Südeingang. Leider macht die Verwaltung keinerlei Angaben, in welchem Zeitraum dies geschehen soll. Wir beantragen, dass dies als deutliches Zeichen einer fahrradfreundlichen Stadt innerhalb der nächsten zwei Jahre ge-

schieht.

Weiterhin soll mit der Integration der Parkplätze am Hauptbahnhof in die Parkraumbewirtschaftung ein Pendlerparkausweis etabliert werden. Mit diesem Pendlerparkausweis erhalten Personen, welche diesen Ausweis für 50€ im Monat erwerben,

neben der Berechtigung des Parkens am Bahnhof und auf weiteren P&R Parkplätzen in-



Foto: WeM

## Immer wieder der Schmöllner Weg

Oder: Wie verwandelt man Datschensiedlungen in „normale“ Wohngebiete?



Fischbeck 2013: Mit dieser verheerenden Überschwemmung hatte niemand gerechnet; Foto: WeM

Spätestens seit die Fraktion der Freien Wähler in einer Vorlage für die SVV die Frage stellte, ob man nicht Teile des Naherholungsgebiets Schmöllner Wegs in ein reguläres Wohngebiet umwandeln könnte, kochen bei betroffenen wie skeptischen Bürgern die Diskussionen hoch. Die zuständige Fachgruppe Bauleitplanung hat dazu jetzt einen Prüfbericht erstellt, der in nüchternem Amtsdeutsch feststellt: „Im Grundsatz gilt, dass Wochenendhausgebiete ausschließlich der Erholungsnutzung dienen. Zu diesem Zweck sind sie mehr oder weniger planvoll angelegt worden. Eine Umnutzung zum Dauerwohnen war also regelmäßig nicht beabsichtigt. Dieser Grundsatz galt auch bereits vor 1990; eine Änderung der Rechtslage im Zuge der Einheit Deutschlands hat sich insofern nicht ergeben. Dass es hier dennoch zu Umwandlungen gekommen ist und sich diese teilweise auch verfestigt haben, führt nicht zwangsläufig zu deren Legalität und auch nicht zur Abkehr vom eigentlichen Nutzungszweck, der Erholungsnutzung. Dies ist stets bei der bauplanungsrechtlichen und bauordnungsrechtlichen Beurteilung von Vorhaben zu beachten“ (Vorlage 034/2018, Seite 3). Mit dem 47-seitigen Bericht hat sich die Verwaltung große Mühe gegeben. Für Rechtsgelehrte ist sogar als Anlage der passende Erlass des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft beigefügt. Es war zu erwarten, dass Betroffene eine andere Sichtweise haben. Einige werfen der Verwaltung sogar Mutlosigkeit in Bezug auf die Zukunft vor. Was könnte passieren, wenn das Vorhaben der Freien Wähler umgesetzt würde, wenn also die Schwarzbauten – denn um solche handelt es sich in vielen Fällen letztlich – jetzt legalisiert würden? Laut dem erwähnten Erlass muss jeder Bauherr die notwendigen Erschließungskosten (Straße, Trink- und Abwasser) selbst tragen. Könnten bzw. wollen alle Besitzer eines Wochenendgrundstückes das bezahlen? Zumal ja auch Anlieger betroffen wären, die nicht vorhaben, ihr Grundstück zu ganzjährigem Wohnen zu nutzen. Sowieso müsste die Stadt, auch wenn das Vorhaben z. B. durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert würde, noch mehr als 3,5 Millionen EURO zuschießen – vorausgesetzt, die SVV-Mehrheit gäbe ein positives Votum ab.

Weiterhin müssten einige Besitzer von ihrer Parzelle etwas abgeben, damit die zu bauende Straße bzw. die Anschlüsse für Wasser, Energie usw. gemäß gesetzlichen Vorgaben realisiert werden könnten – ob dazu alle Betroffenen bereit sind?

Hinzu kommt: Auch wenn einige ältere Gebäude nach früheren Maßstäben rechtmäßig errichtet wurden, so wird das Gebiet doch mittlerweile als hochwassergefährdet eingestuft. Das besagen wissenschaftliche Berechnungen für die vergangenen 100 Jahre, auf deren Grundlage der Gesetzgeber tätig geworden ist. Derzeit werden zusätzlich rechtliche Vorgaben auf der Basis einer 500-Jahres-Prognose erarbeitet. Solche Prognosen könnte man zwar mit dem Spruch „Nach uns die Sintflut“ abtun – aber verantwortungsvoll wäre das nicht. Und im Falle eines Hochwassers auf staatliche Hilfe zu hoffen, hieße ja auch, die Kosten der eigenen Blauäugigkeit auf die Allgemeinheit umzulegen. Ganz abgesehen davon, dass der Staat erfahrungsgemäß in puncto Entschädigung nicht eben freigiebig ist, wie man z. B. 2013 beim letzten Elbe-Hochwasser erfahren konnte. Die „HavelBrandung“ berichtete damals aus Fischbeck, das nunmehr, nach fünf Jahren, seine Soforthilfe zurückzahlen soll.

Es spricht also vieles dafür, dass der Vorstoß der Freien Wähler zwar gut gemeint sein mag, aber nicht zuende gedacht ist.

Redaktion „HavelBrandung“

nehalb des Stadtgebietes, eine Umweltmonatskarte AB der Verkehrsbetriebe. Damit soll die Motivation, mit dem ÖPNV zum Bahnhof oder in die Innenstadt zu gelangen, gesteigert werden. Gleichzeitig wird aber auch die Möglichkeit eingeräumt, seinen PKW in der Nähe einer anderen Haltestelle des ÖPNV abzustellen und den Rest des Weges zum Bahnhof bzw. in die Innenstadt mit dem ÖPNV zurückzulegen.

Wir sind überzeugt, dass mit einer solchen Regelung der

ÖPNV in der Stadt weiter gestärkt und die Innenstadt vom Verkehr entlastet wird. Auch wird das Langzeitparken auf den Stellplätzen am Bahnhof verhindert.

Wenn Sie über unsere Anträge mit uns diskutieren wollen oder uns Ihre Meinung dazu mitteilen möchten, treten Sie mit uns in Kontakt über [fraktion@dielinke-stadt-brb.de](mailto:fraktion@dielinke-stadt-brb.de)

Heike Jacobs und  
René Kretschmar  
(Fraktionsvorsitzende)



## Totgesagte leben länger

Zum 200. Geburtstag von Karl Marx



Am Denkmal von Karl Marx Foto: Heidi Hauffe

Am 5. Mai 1818 wurde Karl (Charly) Marx in Trier geboren. Die Chinesen schufen aus Anlass seines 200. Geburtstags eine überlebensgroße Statue, die sie der Stadt Trier schenken. Der weltberühmte Denker ist aktueller denn je.

Das ist auch nicht verwunderlich. Solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, wird man mit den Marx'schen Werken dem System den Spiegel vorhalten. Im Kapitalismus von heute geht es wie damals ausschließlich um die Maximierung von Profit und das Wachstum der Wirtschaft zum Wohle der Kapitalisten – und nicht darum, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Die Profitmaximierung funktioniert nur durch die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und auf Kosten der Ökologie. Marx hat es geschafft, umfassend, scharfsinnig und tiefgreifend die Grundstrukturen des nach wie vor weltweit dominanten Gesellschaftssystems Kapitalismus zu analysieren.

Aktuell lese ich gerade *Karl Marx zum 200.* von Dietmar Dath. Eines der vielen Bücher, die erschienen sind, um sein Werk „Das Kapital“ für den Hausgebrauch zusammenzufassen. Der Blick lohnt sich, wenn man verstehen will, warum Marx noch immer aktuell ist. Ganz nach der Marx'schen Denkmethode, immer erst das zu Bekämpfende zu verstehen und gewonnene Erkenntnisse produktiv in Zweifel zu ziehen. In unserem Kreisverband hat sich u. a. die BO-Dom mit Marx näher beschäftigt. Der Deutschlandfunk hatte eine Sendereihe aufgelegt, in der „Das Kapital“ in sechs Teilen unter die Lupe genommen

wurde. Aus der Beschäftigung mit Marx entstand die Idee der BO-Dom, den in der Landesdenkmalliste eingetragenen Gedenkstein in der Karl-Marx-Straße mit der umgebenden Grünanlage in Pflege zu nehmen. Am 04. September befasste sich die Linksjugend [solid] mit Marx und nannte die Veranstaltung im HdO „200 Jahre Marx – Eine Einführung“. Inzwischen scheint sich der Kapitalismus weltweit so etabliert zu haben, dass viele Menschen seine Logik verinnerlicht haben, sodass für sie keine Alternative mehr denkbar ist. Auch dafür kann man bei Marx eine Antwort finden: Der Kapitalismus ist eine historisch gewachsene und von Menschen gestaltete Ordnung, die sich zugunsten einer besseren Ordnung von Menschen überwinden lässt.

Von einer klassenlosen Gesellschaft, wie Marx sie beschrieben hat, sind wir noch meilenweit entfernt. Seine Klassenanalyse von damals ist aber nicht dadurch unmodern geworden, dass zwischen objektiver und gefühlter Klassenzugehörigkeit bei vielen Menschen ein großer Unterschied herrscht. Auch dazu macht das „Kapital“ differenzierte Aussagen, die sich auf die gegenwärtige Situation übertragen lassen. Sich mit dem „Kapital“ auseinanderzusetzen muss Pflichtlektüre für diejenigen sein, die hierzulande und weltweit für mehr soziale Gerechtigkeit und Frieden kämpfen. Für alle Unterdrückten selbstverständlich auch. Die Kapitaleigentümer haben es garantiert gelesen. In diesem Sinne: Bleibt wachsam, an allem ist zu zweifeln.

Andreas Kutsche

## Warum ist die Sammlungsbewegung Aufstehen unterstützenswert?

Die Sammlungsbewegung ist aus meiner Sicht wie sechs Richtige im Lotto. Seit dem 04.09.2018 ist sie nun offiziell an den Start gegangen. Aktuell haben über 109.000 Menschen bekundet, bei Aufstehen mitzumachen, und es werden minütlich mehr. [www.aufstehen.de/mitmachen](http://www.aufstehen.de/mitmachen) Chemnitz zeigte zuletzt, dass es einen Kulturkampf von Rechts gibt. Darum sollte jede Idee ernst genommen werden, die sich dem entgegenstellt. Bisher ist es dem linken Lager nicht gelungen, ein breites Bündnis zu gestalten. Das zeigte sich auch im Wahlergebnis zur letzten Bundestagswahl. Dennoch scheint die Wirklichkeit eine andere zu sein. Meine Wahrnehmung ist, dass in der Bevölkerung eine Mehrheit vorhanden ist, wenn es um soziale Gerechtigkeit, Rente, Umverteilung, Frieden, Ökologie und Solidarität geht. Ohne umfassende gesellschaftliche Bündnisse und Aufklärung der Bevölkerung wird die Spaltung der linken Kräfte nicht überwunden und keine Mehrheit erreicht. DIE LINKE stagnierte zuletzt bei den Bundestagswahlen. Wegen der politischen Brisanz im Land ist es folgerichtig, dass das sich öffnende Gelegenheitsfenster genutzt wird, um außerparlamentarisch eine größere Bewegung von Links zu organisieren. Schon Marx sagte, dass das Land nicht allein in den Parlamenten verändert werden könne. Das zeigt sich mir gerade überall dort, wo DIE LINKE selbst in Regierungsverantwortung steckt. Deswegen braucht es den Druck von der Straße. Natürlich gibt es Vorbehalte, besonders in der Partei DIE LINKE. Nichtsdestotrotz! Die Idee ist gut, der Zeitpunkt ist richtig gewählt. Das Bedürfnis nach tiefgreifenden Veränderungen ist riesig. Nichts ist beständiger als der Wandel. Deswegen würde es meiner Partei gut zu Gesicht stehen, trotz aller Risiken, die Sammlungsbewegung zu unterstützen und aktiv mitzugestalten. Ich kenne viele Genossinnen und Genossen an der Basis, die Aufstehen unterstützen. Ich denke, dass nur so ein neuer Aufbruch zu haben ist. Ja, dafür muss man sich bewegen! Es sollte uns gelingen, ein kritisches solidarisches Verhältnis zwischen der Partei und der Sammel-Bewegung herzustellen. Es könnte auch eine Chance für DIE LINKE sein. Vielleicht sogar ein weiteres Alleinstellungsmerkmal wie das Thema Frieden.

Deswegen unterstütze ich Aufstehen:

**Wir müssen aufstehen,  
um dieses Land zu verändern.  
Keine Politikerin, kein  
Politiker, keine Partei wird  
unsere Probleme lösen, wenn  
wir es nicht selbst tun.**

**aufstehen.de**

Aufstehen, #unterstützen, #jetzt.

- Außerparlamentarische Bewegung
- Umbruch gestalten
- Frieden bewahren
- Solidarität
- Talente entdecken
- Erfahrungen einbringen
- Historische Chance
- Erhalt des bedrohten Planeten
- Neues wagen, neue Mehrheiten in Europa

Andreas Kutsche

## Gesundheit, Mobilität und erlebbare Landespolitik

Andreas Kutsche ist Direktkandidat zur Landtagswahl

"Weil ich da hingehöre und weil ich Bock drauf habe", so beantwortete unser Co-Kreisvorsitzender Andreas Kutsche die sich selbst gestellte Frage nach dem Grund für seine Kandidatur als Direktkandidat im Wahlkreis 17 (Brandenburg an der Havel ohne Görden und Plaue) für die Wahl zum 7. Brandenburger Landtag am 1. September 2019.

Am 8. September 2018 wählte die Gesamtmitgliederversammlung unseres Kreisverbandes Andreas Kutsche mit gut 80 % zum Direktkandidaten für die kommende Landtagswahl. In seiner Bewerbungsrede umriss er seine Schwerpunkte als möglicher künftiger Landtagsabgeordneter. Zu diesen zählen eine flächendeckende Gesundheitsversorgung im Allgemeinen und die Stärkung der Havelstadt als Gesundheitsstandort im Speziellen, eine Takterhöhung bei den Bahn-



Kandidat für den Brandenburger Landtag  
Andreas Kutsche; Foto: WeM

verbindungen und eine Radverkehrsstrategie, ein intensiver Austausch mit den Menschen vor Ort sowie die Stärkung der Demokratie. Außerdem möchte Kutsche ein Bindeglied zu den Gewerkschaften, in denen er selbst aktiv ist, sein.

Darüber hinaus wählten die an-

wesenden Genoss\*innen Ilona Friedland und Claudia Sprenkel zu ihren Vertreter\*innen für die Bundesvertreter\*innenversammlung zur Europawahl sowie Heike Jacobs, Elke Kroll, Lutz Krakau und Daniel Herzog für die Landesvertreter\*innenversammlung zur Landtagswahl.

Ronny Kretschmer, Landeschatzmeister unserer Partei, stimmte uns auf die Wahlen im kommenden Jahr ein und Andreas Bernig, Landtagsabgeordneter aus dem Wahlkreis 16 (Teile Potsdam-Mittelmarks sowie Görden und Plaue), zog eine Bilanz der bisherigen Arbeit der rot-roten Koalition. Nun heißt es, mit aller Kraft und Energie die Wahlkämpfe des kommenden Jahres vorzubereiten und die Menschen von unseren Inhalten zu überzeugen und für diese zu gewinnen.

Daniel Herzog



## Problem benennen: Rassismus in Brandenburg an der Havel



In den letzten Wochen gab es vermehrt Berichte über rassistisch motivierte Übergriffe in Brandenburg an der Havel. Als Linke verurteilen wir jede Form von Gewalt gegen Minderheiten und stellen uns gegen Rassismus sowohl im Alltag als auch in der Politik. In unserer Stadt wurde zuerst ein Mann aus Kamerun auf offener Straße angegriffen und rassistisch beleidigt, kurze Zeit später ein weiterer aus Eritrea von seinem Nachbarn mit einem Messer bedroht und rassistisch angefeindet. Auch die Geschichte eines westafrikanischen Künstlers, der von mehreren Taxifahrern auf Grund seiner vermeintlichen Herkunft laut Zeugenaussagen nicht zu seinem Reiseziel

transportiert wurde, zählt in diese Reihe. Die ersten beiden Fälle haben auch zu polizeilichen Ermittlungen geführt. Zuletzt baten die Eltern eines Kindes im Städtischen Klinikum, ein ausländisches Kind in ein anderes Zimmer zu verlegen, aus offensichtlich fremdenfeindlichen Motiven - dies wehrte der Chefarzt jedoch ab. Diese Vorfälle, die alle innerhalb von zwei Wochen stattfanden, hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack, besonders weil nur ein geringer Kreis erkennt, dass hier offensichtlich ein Problem besteht, das nicht länger unter den Teppich zu kehren ist. In Gesprächen mit Betroffenen von rechter Gewalt kommt zum

Vorschein, wie viele Taten gar nicht angezeigt werden, gerade wenn es um Übergriffe auf Geflüchtete geht. Zu groß ist die Angst, negativ aufzufallen. Wir halten diese Entwicklungen insbesondere in Anbetracht der Geschehnisse in Chemnitz für besorgniserregend und fordern die Stadt auf, Farbe zu bekennen. Wir wollen eine tolerante und weltoffene Gesellschaft in Brandenburg an der Havel, in der sich jeder und jede frei bewegen kann. Das gilt für alle Bürgerinnen und Bürger, aber eben auch für alle Gäste, egal welche Herkunft man ihnen zuschreibt.

Text und Foto:  
linksjugend [solid]

## Seebrücke - Schafft sichere Häfen!

Am Samstag, dem 15. September, fand in Brandenburg an der Havel eine Seebrückendemonstration statt. Zu dieser hatte unter anderem auch die Linksjugend [solid] mit aufgerufen. An der Demonstration nahmen circa 150 Menschen teil, die mit orangenen Westen, Schildern und Schwimmwesten vom Hauptbahnhof zum Neustädtischen Markt zogen. Dort gab es dann ein vielfältiges Programm mit Livemusik, Reden und dem Falten von orangenen Booten.

Hintergrund dieser Demonstration ist der Tod von 1.500 Menschen, die Schätzungen zufolge in den ersten neun Monaten dieses Jahres im Mittelmeer, beim Versuch Europa zu erreichen, ertrunken sind. Gleichzeitig wird die zivile Seenotrettung von den EU-Staaten immer weiter kriminalisiert. Ein zentrales Anliegen der Demonstration war die Aufforderung an die Stadtpitze, sich solidarisch mit den aus Seenot geretteten Menschen zu zeigen und anzubieten, einen Teil von ihnen freiwillig aufzunehmen und damit die Stadt zu einem sicheren Hafen zu machen.

Weiter wurde gefordert, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt, dass die Rettungsschiffe deutscher Organisationen wie Jugend Rettet, Sea Watch oder Sea Eye wieder auslaufen dürfen, um Menschen zu retten. Die dritte Forderung war, dass sich die Bundesregierung dafür einsetzt, die Ermittlungen gegen deutsche Staatsbürger\*innen, die sich aktiv für die Seenotrettung eingesetzt haben, einzustellen.

Wir, die Linksjugend [solid], fordern, Brandenburg an der Havel zu einem sicheren Hafen zu machen!

Linksjugend [solid]

## Was bringt die CO<sub>2</sub>-Grenzwertverordnung für Fahrzeuge? Europaabgeordneter Helmut Scholz (DIE LINKE.) im Gespräch



Der Abgeordnete im Europaparlament  
Helmut Scholz (DIE LINKE) Foto: Felix Thier

Demnächst stehen im Europäischen Parlament Entscheidungen zur CO<sub>2</sub>-Grenzwertverordnung für Fahrzeuge an. Daher lud der Naturschutzbund Helmut Scholz in die Geschäftsstelle des NABU Deutschland nach Berlin zum Gespräch, um seine Sicht der Dinge zu vermitteln.

In der Presse der letzten Wochen war viel über die vermeintlich negativen Auswirkungen schärferer Grenzwerte auf die Beschäftigtenzahlen in der Automobilindustrie zu lesen. Der NABU hat sich mit den Berichten befasst und seine Sicht in folgenden Positionen zusammengefasst und diese auch Helmut Scholz mitgeteilt:

1. Umweltgesetzgebung ist nicht die Ursache von Arbeitsplatzverlusten. Automatisierung ist der maßgebliche Treiber.
2. Höhere CO<sub>2</sub>-Grenzwerte führen kurz- und mittelfristig zu einer Zunahme von Arbeitsplätzen.
3. Ohne den forcierten Einstieg in die Elektromobilität werden deutsche Hersteller, vor allem aber deutsche Produktionsstandorte, wesentlich stärker von einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen betroffen sein.

Helmut Scholz wiederum machte deutlich, dass der Gedanke der Nachhaltigkeit, und somit auch sauberer Technologien, in den von der Europäischen Union verantworteten Freihandelsabkommen vermerkt seien. Allein: festgehalten nur auf freiwilliger Basis. Für ihn und DIE LINKE sei daher klar, dass ökologische Kriterien endlich auch verbindlich für die Automobilindustrie kommen müssen. Daher sei DIE LINKE ebenso für eine Erhöhung der Investitionsquote in neue Technologien, um so mit zukunftsfest machender Forschung und Technik endlich dem Klimawandel begegnen zu können. Denn eines sei abzusehen: Erstens ist das Öl und damit auch der Verbrennungsmotor endlich. Und zweitens kommt aus Fernost verstärkt Elektromobilität auf den Markt. Sollte hier die heimische Industrie nicht zeitnah vergleichbare Technologien für die breite Masse herausbringen, wird es durch Angebot und Nachfrage erst recht zu gravierenden Umbrüchen in der heimischen Automobilbranche kommen.

Mitgestalten und agieren oder nur noch reagieren und das Nachsehen haben, so kann man es wohl formulieren.

Abschließend lud Helmut Scholz den NABU nach Brüssel ein, um an einer Fraktionssitzung bzw. einer Pressekonferenz zum Thema CO<sub>2</sub>-Grenzwertverordnung für Fahrzeuge teilzunehmen und so die europäische Öffentlichkeit zu erreichen.

Felix Thier



## Bella gibt ihren Senf dazu

Hallo Leute,

manchmal überlassen mir Kundinnen ihre ausjelesenen Zeitschriften zur Nachnutzung für andere Kundinnen. Janz praktisch für mich und meinen Salon „Scharfe Schere“, denn Lesestoff kostet. Neulich schleppte jemand eine Wochenzeitschrift namens „Kontext“ an. Der Name war mir neu und so testete ick die Nummer erst mal. Nazi-Scheiß war zum Glück nich drin, aber ziemlich schräges Zeug. Ein Artikel handelte von unserer Stadt, jeschrieben von einer Helga Stöhr-Strauch – Nachtigall, ick hör dir trapsen, dachte ick, die Frau is garantiert nich von hier – und tatsächlich, sie war vor jut zwei Monaten von Stuttgart nach Brandenburg jezogen und teilte der Menschheit nun ihre ersten Eindrücke unjefragt mit.

Solange sie unsere schöne Umgebung beschrieb, konnte ick ihr folgen, aber sobald es um die Leute hier ging, befriedigte sie eigentlich nur ihre eigenen Vorurteile – wat nu wieder meine Vorurteile gegenüber West-Tussis aus der Versenkung auftauchen ließ. Einer ihrer ersten Sätze begann mit: „Unser Nachbar Ronny (der heißt wirklich so)...“ – als wäre der Name komischer als ihr eigener! Dann ließ sie sich über die „merkwürdige Linke“ aus, die sie „SED, Pardon: Linke“ nannte. Mit gleichem Recht hätte sie den Versprecher „SED, Pardon: jetzt CDU“ produzieren können, aber stattdessen wunderte sie sich, dass Bürgermeister Scheller ein CDU-Mann ist.

Dem linken Beigeordneten warf sie vor, das Rote Kreuz bei der Neuausschreibung zur Betreuung eines Flüchtlingsheims „ausgebootet“ zu haben – dabei weiß hier doch jeder, dass die Vorschrift, bei so wat europaweit ausschreiben zu müssen, nich von den Linken erfunden worden ist. Aber dit Jeschrei hätt ick hören wollen, wenn ausjerechnet die Linken da ein bisschen jemauschelt hätten. Ick selbst bin ja in keiner Partei, wie ihr wisst, aber diese einäugigen Schuldzuweisungen jehn mir doch über die Hutschnur. Übrigens haben in unserer Stadt bei den Linken eher die 35- bis 45-Jährigen das Sagen; die müssen dann wohl minderjährig in die SED einjetreten sein. Unsere Erforscherin östlicher Lebensart hat in der Geschäftsstelle der Linken aber nur „Mittfünfzigerinnen“ anjetroffen – ja, Kunststück, um solch ein Ehrenamt tagsüber ausüben zu können, muss man Rentner bzw. der Nachwuchs aus dem Haus sein. Frau Stöhr-Strauch, selbst Mitte 50, erwähnte bei ihrem Umzug nur Mann und Hund. Würde mich mal interessieren, ob sie nich mit wenigstens einem Kind ihre künftige Rente abjesichert hat. Dit fragt ziemlich bissig

Eurer Bella Branne

## Stillgestanden! Dietlind Tiemann exerziert im Sommerloch ...

Das politische Sommerloch der Parlamentsferien ist immer auch die Stunde der Hinterbänkler. Die Frage war also nicht, ob, sondern nur wann unsere Bundestags-Dietlind der Versuchung erliegen würde, während der medialen Saure-Gurken-Zeit auch ihren Senf in den ausgetrockneten Blätterwald zu kleckern.

Nun hätte der ahnungslose Zeitungsleser vielleicht erwartet, dass unsere langjährige Stadt-Oberin für mehr Investitionen in Schulen, Kitas, Brücken oder für die Bekämpfung des Pflegenotstandes mal so richtig auf die Pauke hauen würde. Doch weit gefehlt.

In der unbescheidenen Annahme, ihren kleinen kommunalen Schuhen inzwischen längst entwachsen zu sein, schmiss sich Dietlind in ihre schicken Prada-Motschützen-Stiefeletten und schlug sich in Gucci-Feldjägeruniform für die allgemeine Wehrpflicht in die Bresche; aus Kostengründen natürlich nur für Männer – die tragen seltener Prada. Zumal ja die Frauen anderweitig gebraucht werden: um den kostbaren soldatischen Nachwuchs auszutragen. Deshalb sind Dietlinds Parteifreunde ja auch so unerbittlich, wenn es darum geht, die Tötung ungeborenen Lebens als Todsünde zu geißeln – während die Tötung geborenen Lebens im Kampfeinsatz als unvermeidlicher Kollateralschaden gilt.

Mein Gott, wenn wir doch nur geahnt hätten, womit sich diese begnadete Militärstrategin in den Niederungen unsrer märkischen Provinz tagtäglich rumschlagen musste – und das ohne eigene Kaserne in Hohenstücken! Allein Dietlinds Aussage, mit der Aussetzung der Wehrpflicht sei „der Staatsbürger in Uniform ... aus dem Blickfeld der Gesellschaft geraten“, trifft den Nagel auf den Kopf: Aus den Augen, aus dem Sinn, wie der Volksmund weiß.

Wann sind Sie denn eigentlich das letzte Mal auf eine schnelle Tasse Tee nach Afghanistan oder Mali zu unseren Soldatinnen und Soldaten geflogen, ha?! Wir haben übrigens derzeit fast 3500 Männer und Frauen in insgesamt 13 Auslandseinsätzen am Start, von Libanon bis zur Westsahara.

Für die 108 Soldaten und Soldatinnen, die seit 1992 in solchen Einsätzen ums Leben gekommen sind, käme Tiemanns späte Fürsorge allerdings zu spät, und auch die bis 2015 angefallenen einsatzbezogenen Sonderausgaben von ca. 19 Milliarden € sind über den Umweg Afghanistan und Westsahara längst in den Bilanzen der Rüstungsindustrie versickert.

Nun bestätigt Dietlinds Büroleiter Jacob (ich kann Kanzler) Schrot in Berlin: „Frau Tiemann hält die Bundeswehr nicht für arbeitsfähig.“ Oha! 2017 betrug der Verteidigungshaushalt ca. 37 Milliarden €. Das ist eine Stange Geld für eine nicht arbeitsfähige Armee, aber welcher Preis wird wohl nach Tiemann für eine „arbeitsfähige Armee“ gezahlt werden müssen und von wem?

Hans-Joachim Laß

## Asyl-Tourismus –

Unwort des Monats oder clevere Neuprägung?

Aus unserer Rubrik: Im Lexikon geblättert

Das Fremdwörterbuch belehrt uns, dass "Asyl" aus dem Griechischen bzw. Lateinischen kommt und ursprünglich "Unverletzliches" bedeutete. In der Gegenwart werde darunter "die Aufnahme und der Schutz für Verfolgte" verstanden bzw. ein "Zufluchtsort". "Tourismus" wird mit "Reisen/ Reiseverkehr (meist in organisierter Form)" übersetzt und der Tourist ist dann "jemand, der reist, um fremde Orte kennen zu lernen", heutzutage wohl am liebsten komfortabel per Flugzeug oder Kreuzfahrtschiff.

So weit, so gut. Nur stimmt die Wirklichkeit nicht mit den Lexikoneinträgen überein. Die Welt ist voller Asylsuchender, die vor Krieg, Folter und Verfolgung geflohen sind – aber Aufnahme und Schutz erlangen sie häufig nur nach langer, erniedrigender Odyssee,

oder gar nicht. Andererseits ist fraglich, ob der heutige deutsche Pauschaltourist wirklich fremde Orte und Kulturen kennen lernen will oder nur einen Sandstrand mit stabiler Sonneneinstrahlung sucht, wo er mal so richtig die Sau rauslassen kann. Den Typ könnte der Weltreisende Alexander von Humboldt mit dem Spruch gemeint haben: "Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die der Leute, die die Welt nie richtig angeschaut haben."

So gesehen kann der Begriff des Asyltourismus zynischer kaum sein: Asylsuchende sind schließlich keine Urlauber, die unbeschwert in ferne Länder reisen und ihrem Affen Zucker geben wollen. Wer mit dem Wort solche Assoziationen zu wecken sucht, ist mit einer gefährlichen Weltanschauung unterwegs. Der hält seine



eigene menschliche Würde für "unverletzlich", wie die ursprüngliche Bedeutung von "Asyl" lautet, bzw. für "unantastbar", wie es in Artikel 1 unserer Verfassung heißt, spricht aber schutzsuchenden Geflüchteten diese Unantastbarkeit ab.

Dr. Uta Sändig

### Aki Laß gestorben

Seine letzte Glosse in der HavelBrandung hat er schon im Krankenhaus fertiggestellt: Hans-Joachim (Aki) Laß, einer der treuesten Sympathisanten der Partei DIE LINKE, ist mit nur 65 Jahren gestorben. Aki litt seit seiner Jugend an einem Lungenleiden, das er mit bemerkenswertem Kampfgeist immer wieder niederrang. Uns wird seine spitze Feder – getreu dem Motto: Humor ist die höchste Form von Ernst und Ironie ist das Sahnehäubchen – sehr fehlen. Unsere Gedanken sind bei seiner Frau, die viele von uns als Vertreterin im Behindertenbeirat kennen, bei seiner Tochter und seinem Enkel.

Redaktion HavelBrandung



## Zuschriften an die Redaktion

**Unerwartet, aber ganz und gar nicht unwillkommen, erreichten unsere Redaktion Meinungsäußerungen zu verschiedenen aktuellen Themen. Wir drucken sie gern hier ab und fordern interessierte Genossen und Sympathisanten auf: Mehr davon!**

### Gefährdete Demokratie

Was wir derzeit in vielen Zusammenhängen erleben, ist eine erschreckend geringe Empathie für die Schwachen, seien sie nun aus unserem oder einem fremden Land. Nein, wir dürfen diese "Normalität" nicht hinnehmen, sondern müssen dagegen angehen, bevor sie sich verfestigt. Sind die Begriffe der französischen Revolution – FREIHEIT, GLEICHHEIT, BRÜDERLICHKEIT (Geschwisterlichkeit) – etwa unmodern geworden? Natürlich nicht! Aber diejenigen, denen diese Tugenden nichts mehr gelten, sind die eigentlichen Feinde der Demokratie. Wir müssen endlich begreifen, dass die Demokratie nicht vom Himmel gefallen ist, sondern erkämpft wurde und immer wieder neu erkämpft, gepflegt und genutzt werden muss. Wenn von der heutzutage wieder gefährdeten Demokratie die Rede ist, so denke ich nicht zuerst an die Geflüchteten aus diktatorischen Regimes, sondern an die hiesigen Wirtschaftsbesitzer, Marktstrategen und Lobbyisten, die sich schon längst jeder demokratischen Kontrolle entzogen haben. Aber die GLEICHHEIT aller Menschen ist der einzig mögliche Weg zu einer gerechteren Welt.

Erschreckend, wie die Medien einen auf der Hand liegenden Zusammenhang nicht sehen wollen: die auseinander klaffende Schere zwischen Arm und Reich, die Angst der armutsgefährdeten Schichten und die rassistischen Ausschreitungen gegenüber den noch ärmeren Fremden. Dabei wäre es möglich, die Ungleichheiten auf ein mit dem Grundgesetz vereinbares Maß zu reduzieren, etwa Hartz IV und die Agenda 2010 abzuschaffen – aber wollen das die Regierenden wirklich?

Falk Lisse

### Chancen für eine Linke Bewegung

Sahra Wagenknecht ist beizupflichten. Zwar sind viele Menschen, denen linkes Gedankengut Herzenssache ist, auch Mitglieder dieser Partei, aber nicht jeder, der so oder ähnlich denkt, möchte sogleich auch parteipolitisch gebunden sein. Ein weitgefächerter Zusammenschluss von Menschen aus allen möglichen Schichten bis hin zu Kirchen, Gewerkschaften und anderen Parteien kann linksgerichtetes Potential durchaus stärken. Was dann daraus wird, wird die Zukunft zeigen. Das Projekt ist in Anbetracht eines europäischen Rechtsrucks jedenfalls mehr als berechtigt. Und aus einem Nebeneinander kann immer noch ein Miteinander werden.

Wilfried Weise

### Als Christin von "Aufstehen" angesprochen

Mit Interesse habe ich das Projekt von Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine verfolgt und kann eigentlich alle Ziele unterschreiben: unbedingte Friedensliebe, Solidarität und Barmherzigkeit, mehr Gerechtigkeit durch Umverteilung, Respekt vor der Schöpfung (Ökologie, Umweltschutz). Als Christin und Sympathisantin mit dem links-liberalen Flügel der CDU (und Kind der DDR) sind das für mich geradezu Selbstverständlichkeiten.

Ich bin aber nicht sicher, ob die Sammlungsbewegung "Aufstehen" meinen Beitritt überhaupt wollen würde. Meine Bedenken betreffen verschiedene Punkte: Damals, im Staatsbürgerkunde-Unterricht, habe ich gelernt, dass Revolutionen "von oben" selten funktionieren – und um eine solche handelt es sich bei "Aufstehen" aus meiner Sicht. Was würden die behaupteten Massen von Unterstützenden denn tatsächlich für die Bewegung tun? Ich habe Frau Wagenknecht mehrfach live erlebt (auch in Brandenburg) und traue dieser unnahbaren Kommunistin kaum herzerwärmende Umarmungen zu. Und dass Oskar Lafontaine eher ein Prinzipienreiter ist, der potenziell Gleichgesinnte auseinanderbringt, hat die Vergangenheit gezeigt. Dennoch bin ich der Idee von "Aufstehen" gewogen und lechze nach Argumenten, die meine Bedenken zerstreuen.

Ida Busch

### Tiemann will die Wehrpflicht zurück

Es ist schon erstaunlich, wie heute gewendete ehemalige DDR-Bürger, noch dazu "christliche Demokraten", zu diesem Problem stehen. Anstatt sich Gedanken zu machen, was man in Europa zur Wiederherstellung bzw. Erhaltung des Friedens tun sollte, will Dr. Dietlind Tiemann lieber junge Frauen und Männer an Waffen ausbilden lassen und per Gesetz zu Auslandseinsätzen zwingen. Frau Abgeordnete, wer bedroht Sie eigentlich? Wären nicht Anstrengungen und Vorschläge zur Abrüstung angebracht? Sie könnten sich auch einmal zu den Manövern der Nato an der Grenze zu Russland oder zur Lagerung amerikanischer Atomwaffen in Büchel äußern. Aber getreu dem Motto: "Wes Brot ich ess, des Lied ich sing" bleiben Sie auf Linie der Partei. Irgendwie kommt mir das bekannt vor.

Bernd Vogel

### Erstes Speed Dating der Linken

Mit ihrem Speed-Dating (Partner finden) geht die Partei DIE LINKE in Brandenburg an der Havel neue Wege in Vorbereitung der Wahlen 2019. So wurde eine erste Veranstaltung dieser Art unter dem Motto „Kommunalpolitik beschnuppern einmal anders“ am 27.08.2018 in der Gaststätte „Agentenzentrale“ (Kurststraße 12) durchgeführt. Ziel der Veranstaltung sollte sein, mit Interessenten in ungezwungener Atmosphäre ins Gespräch zu kommen. Die Idee zu einem solche Treffen kam von einer jungen Genossin und natürlich gab es bei den gestandenen Mitgliedern des Vorstandes erst einmal Bedenken, ob das Ganze funktionieren könnte. Beworben haben wir die Veranstaltung durch Plakate, Flyer und durch Information in den Medien. Dass wir die Erwartungen an dieses Treffen nicht zu hoch schrauben durften, war uns allen klar. Um so erfreuter können wir im Nachhinein resümieren, dass es doch ein kleiner Erfolg geworden ist und wir diese Art von Veranstaltung weiterführen wollen. So waren die Interessenten und auch zufällig vorbei gekommene Personen überrascht und fanden diese Art der Kommunikation sehr ansprechend. Vor allem wurde die gemütliche und ungezwungene Atmosphäre für Gespräche gelobt. Auch wenn noch nicht Schlange an den Tischen mit unseren Kreis- und Fraktionsvorsitzenden gestanden wurde, konnten wir doch Kontakte zu bisher nicht in der Kommunalpolitik tätigen Bürgern knüpfen. Wir planen bereits ein zweites Speed Dating in einer anderen Lokalität.

Ilona Friedland

### Grüne Bohnensuppe nach Breslauer Art



Foto: Sabrina Czichy

Aus unserer Rubrik: **Kochen mit LINKS**

**Zubereitung:** Zuerst das Fleisch zusammen mit dem klein geschnittenen Suppengrün, Liebstöckel und etwas Salz in Wasser weichkochen. Danach die klein geschnittenen grünen Bohnen und klein gewürfelten Kartoffeln sowie etwas Bohnenkraut hinzu geben. Das Ganze weichkochen. Etwas flüssige Maggiwürze (nach Bedarf) rundet den Geschmack ab.

Wenn die Suppe gar ist, wird eine Einbrenne mit fettem Speck zubereitet und in die Suppe gegeben.

**Einbrenne:** Einen dickeren Streifen fetten Speck klein würfeln und in einer Pfanne langsam auslassen. Margarine dazu geben und schmelzen lassen. Mehl vorsichtig darüber streuen und in der Pfanne zu einer dickeren Masse verrühren. Diese in die noch leicht köchelnde Suppe geben. (Für Kalorienbewusste: Die Einbrenne kann auch weggelassen werden.)

**Zum Schluss alles noch einmal abschmecken.**  
Guten Appetit!  
Sylvia Czichy

#### Zutaten für 4 Personen:

- 2 Gläser grüne Bohnen (Abtropfgewicht 360 g)
- 500 g Kartoffeln
- ca. 500 g Suppenfleisch oder Hohe Rippe
- bei Bedarf auch noch ein Stück geräuchertes Fleisch
- 1 Bund Suppengrün (Karotten, Sellerie, Zwiebel oder Lauch)
- b. B. ein wenig Liebstöckel
- etwas Bohnenkraut
- ca. 100 g fetten Speck (für die Einbrenne)
- Margarine, Mehl, Salz
- flüssige Maggiwürze

## Bilderrätsel

War das ein Sommer 2018? Er verführte so richtig, eines unserer schönen Ausflugsziele aufzusuchen, viele davon an historischer Stelle. Darum geht es diesmal in unserem Preisrätsel.



**Bild 1** Hier sehen wir den „Historischen Hafen“. Er befindet sich ganz in der Nähe einer ehemaligen Montagehalle, die heute unter anderem die Gaststätte „Werft“ beherbergt, benannt nach der früheren Wiemann-Werft. Wann wurde dieser Betrieb als Schlosserei gegründet?

A 1947     B 1867     C 1900



**Bild 2** Dieses Foto zeigt das Bühnenhaus. Es befindet sich zwischen dem heutigen Lauf der Plane und der Havel. Früher mündete die Plane nahezu rechtwinklig in die Havel. Da es dort immer wieder zu Verschlammungen und Versandungen kam, verlegte man die Plane kurzerhand, sodass sie nun kanalartig in den nahen Breitingsee fließt. Seit wann ist das so?

A seit 1205     B seit 1770     C seit 1850



**Bild 3** Hier sehen wir die am 30. April 2016 eröffnete „Stadtmarina“. An dieser Stelle befand sich früher der städtische Umschlaghafen. Der Hafen wurde gleichzeitig mit dem Silokanal errichtet. Wann wurde der Silokanal eingeweiht?

A 1882     B 1904     C 1910

Wir wünschen unseren Rätselfüchsen auch dieses Mal viel Spaß. Die Gewinner können sich auf drei City-Schecks freuen. Am 15. November 2018 ist der Einsendeschluss.

Text und Foto: WeM

## Was? Wann? Wo?

24.09.2018 - 18.00 Uhr	Fraktionssitzung
25.09.2018 - 16.00 Uhr	Beratung der BO-Vorsitzenden
25.09.2018 - 19.00 Uhr	„Zur Aktualität der Klassenfrage“, Lesung mit Bernd RieXinger Lighthouse, Bahnhofspassage 4, 14776 Brandenburg an der Havel
26.09.2018 - 15.00 Uhr	BO Neustadt und AG Senioren, Beratung
27.09.2018 - 17.00 Uhr	„Die DDR hat´s nie gegeben“, Rosa-Luxemburg-Stiftung Lighthouse, Bahnhofspassage 4, 14776 Brandenburg an der Havel
08.10.2018 - 18.00 Uhr	Fraktionssitzung
10.10.2018 - 16.00 Uhr	Bürger*innensprechstunde – diesmal mit Lutz Krakau und Elke Kroll
10.10.2018 - 18.00 Uhr	Kreisvorstand
17.10.2018 - 9.30 Uhr	Bürger*innenfrühstück
22.10.2018 - 18.00 Uhr	Fraktionssitzung
23.10.2018 - 16.00 Uhr	Beratung der BO-Vorsitzenden
30.10.2018 - 17.00 Uhr	„Zur Militarisierung der EU“, Vortrag und Diskussion mit Tobias Pflüger Lighthouse, Bahnhofspassage 4, 14776 Brandenburg an der Havel
10.11.2018 - 9.00 Uhr	Kreisparteitag, Aufstellung der Kandidat*innen zur Kommunalwahl TGZ, Friedrich-Franz-Str. 19, 14770 Brandenburg an der Havel
12.11.2018 - 18.00 Uhr	Fraktionssitzung
14.11.2018 - 18.00 Uhr	Kreisvorstand
21.11.2018 - 9.30 Uhr	Bürger*innenfrühstück
26.11.2018 - 18.00 Uhr	Fraktionssitzung
27.11.2018 - 16.00 Uhr	Beratung der BO-Vorsitzenden

Sofern kein anderer Ort genannt, finden die Veranstaltungen in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN, Kirchhofstraße 1-2 statt. Änderungen vorbehalten! Bitte achten Sie auch auf Terminankündigungen in der Presse und auf unserer Homepage.

### Auflösung des Bilderrätsels der Ausgabe 2/2018

Das Preisrätsel 2/2018 war etwas knackiger als die meisten anderen. Die Aufnahmen zeigen Objekte, die früher grau und unansehnlich waren. Daraus sind echte Hingucker geworden. Es handelte sich um:

- Bild 1: den Aufenthaltscontainer des VBB in der A.-Saefkow-Allee (c),
- Bild 2: eine Trafostation der StWB in der Spittastraße (b) und
- Bild 3: die Luftqualitäts-Messstelle in der Neuendorfer Straße (a).

Über je einen City-Scheck können sich drei Rätselfüchse aus Brandenburg an der Havel freuen. Wegen der neuen Datenschutzbestimmungen dürfen wir an dieser Stelle die Namen nicht mehr veröffentlichen – sie sind der Redaktion aber natürlich bekannt. Wir gratuliert recht herzlich.

Werner Müller

### Impressum HAVELbrandung

Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel, Ausgabe 03/2018, Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel, Kirchhofstr. 1 – 2, 14776 Brandenburg an der Havel, V.i.s.d.P.: Andreas Kutsche. Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

**Druck:** LR Medienverlag und Druckerei GmbH, Straße der Jugend 54, 03050 Cottbus, **Auflage:** 15.000 Stück, **Layout:** Druckerei Henry Bertz, **Redaktionsleitung:** Dr. Uta Sändig, Daniel Herzog (beide Text), Werner Müller (Bild und Koordination), **Redaktion:** Jule Moosdorf, Petra Zimmermann, Lutz Krakau, Andreas Kutsche und Wilfried Weise, **Fotos:** WeM (1), Dr. Uta Sändig (1), Sabrina Czichy (7), **Grafik:** privat (6), **Karikatur:** Claudia Sprengel (6).

**Neu! ab 01. Oktober 2018**

**Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE:** Kirchhofstr. 1 – 2, 14776 Brandenburg an der Havel

- Montag 13:00 bis 17:00 Uhr
- Dienstag und Mittwoch 09:00 bis 17:00 Uhr
- Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr

Telefon: 03381 / 22 47 33

Website: www.dielinke-stadt-brb.de

Fax: 03381 / 22 99 61

E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de

Wenn der Mensch den Menschen braucht ...

Bestatter und Trauerredner  
Wolfgang Bonatz  
Friedensruh Bestattungen

Brandenburg - Hochstraße 8

☎ Tag und Nacht 03 381-70 17 95